

Ihr Kinderlein kommt, oh kommt doch all



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Eigentlich bin ich in eher weihnächtlicher Stimmung. Doch wurde diese gute Stimmung heute mit der Meldung gedämpft, dass es die Gemeinde Adliswil ihren Angestellten verbietet, künftig ein Kopftuch oder ein Kreuz zu tragen. Gewisse Leute könnten vor den Kopf gestossen sein und die Religionsfreiheit verbiete es, dass... Ja wo sind wir denn?! – Unsere Antwort lautet: Wir sind in einem durch Jahrhunderte eher christlich geprägten Land.

Weil immer mehr Ausländer und Asylanten ins Land strömen, sollen wir künftig auf das Tragen des Kreuzes verzichten? Das «Kreuzketteli» war vielleicht ein Geschenk der Gotte oder unserer Mutter. Man muss nicht streng gläubiger Christ sein, um zu merken, dass gewisse «einheimische» Regierende dran sind, unsere Wurzeln mit ihrer Ausländer- und Asylpolitik und mit solch unbeeiflichen und inakzeptablen Entscheidungen zu zerstören. Es ist eine ungläubli-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

che Frechheit, was der Adliswiler Gemeinderat da beschlossen hat! Ich halte darum fest:



Immer mehr dieser Flüchtlinge wollen in die Schweiz. Das geplante neue Asylgesetz mit der Möglichkeit von Gratisanwälten wird die Attraktivität nochmals erhöhen und diesen Trend verstärken.

Wir sind hier in der Schweiz! Das ist unser Land und das ist unsere Kultur! Die «Gäste» haben sich uns anzupassen und nicht wir uns ihnen!

Allerdings dürfen wir uns nicht wundern. In Deutschland gibt es eine Kanzlerin, die sinngemäss gesagt hat «Ihr Kinderlein kommt, oh kommt doch all!». Was war die Folge? Masseneinwanderung nach Europa. Momentan nimmt wohl der Zustrom wegen des Winters wieder etwas ab, aber im Frühling geht es dann in dieser Weise weiter, wenn nicht harte Gegenmassnahmen ergriffen werden. Und auch die Islamisierung schreitet munter voran. Mit den modernen Kommu-

nikationsmitteln läuft diese Asylantenmaschinerie wie geschmiert. Die Handys spielen dabei eine zentrale Rolle. Deshalb unsere Forderung: Nehmt ihnen als erstes die Handys weg! Eigentlich gibt es darauf nur eine Antwort. Straft diese Regierungen bei den Wahlen ab. Und da sind die patriotischen Kräfte nun endlich stark auf dem Vormarsch. In der Schweiz, in Österreich, in Polen, in

Fortsetzung Seite 2

Spende für das neue Jahr

Liebe Gesinnungsfreunde

An dieser Stelle möchten wir Ihnen alles Gute und viel Kraft für das neue Jahr 2016 wünschen. Wie Sie wissen, stehen entscheidende Diskussionen bevor: Die Volksabstimmung über die Durchsetzungsinitiative, die demokratische Rasa-Initiative, der institutionelle Rahmenvertrag mit der EU (Abschaffung der Souveränität) und die Volksinitiative für ein Vermummungsverbot. Zudem müssen wir die Gesetzgebung im Asylbereich massiv verschärfen. Alle diese anstehenden Sachgeschäfte beinhalten entsprechende Propagandaaktionen, welche nur mit Ihrer Hilfe möglich sind. Ohne genügend finanzielle Mittel werden die SD jedoch nicht handlungsfähig sein. Wir sind auf jede Spende, ob gross oder klein, dringend angewiesen. Die SD bedanken sich für Ihre Unterstützung.

Ihre Parteileitung

Gratisanwälte ziehen noch mehr Flüchtlinge an! Enteignungen sind totalitär! Die Schweizer Demokraten (SD) unterstützen das Referendum gegen das neue Asylgesetz mit vollster Überzeugung.

Ihr Kinderlein kommet, oh kommet doch all
Fortsetzung von Seite 1

Ungarn, in Frankreich usw. haben sie die Wahlen sehr deutlich gewonnen.

Laut den neusten Umfragen ist in England nun sogar eine Mehrheit dazu bereit, aus der EU auszutreten – unter anderem auch als Folge der EU-Einwanderungspolitik.

Unsere Regierenden verstehen nur die Sprache und Macht der Wahlzettel. Wenn sie nämlich abgewählt werden, dann haben sie keine politische Möglichkeit mehr, so zu handeln, wie sie das momentan tun. Das mit den Stimmgzetteln: Da haben sie leider nach wie vor die Möglichkeit, Volksentscheide nicht umzusetzen.

Sommaruga: Noch mehr Asylunterkünfte

Ohne Ende hören wir die Forderung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, dass wir für die Ankommen noch mehr Asylunterkünfte brauchen. Neu sollen sogar Private Asylanten aufnehmen dürfen. Es machen bald alle, was sie wollen. **Man kann täglich zusehen, wie unsere Kultur zugrunde geritten wird.** Deshalb muss es unser aller Bestreben sein, diese schlimme Entwicklung wieder rückgängig zu machen. Ich verwende hier bewusst das Wort «rückgängig»!

Es ist aber immerhin erfreulich, dass jetzt einige europäische Regierungen begonnen haben, sich abzugrenzen und damit ihre Nationalstaatlichkeit wieder stärker in den Vordergrund zu rücken.

Sie haben gemerkt, dass sie sonst keine Chance mehr haben und untergehen. **Abgrenzung mit Stacheldraht – weil es anders gar nicht mehr möglich ist!** Vielleicht 10% dieser ankommenden Flüchtlinge sind echt an Leib und Leben bedrohte Menschen, denen man in der Nähe ihres Herkunftslandes helfen sollte – im weitesten Sinne in ihrem Kulturkreis. Aber sicher nicht bei uns in Europa. **Die restlichen 90% sind Wirtschaftsflüchtlinge, die schlicht und einfach in unser europäisches und damit auch in unser schweizerisches Paradies kommen wollen, um an un-**



Diese Asylbewerber weigerten sich vorerst, die zugewiesene Unterkunft im Val Müstair (Bild) zu beziehen. Unkooperatives Verhalten sollte normalerweise zum Verfahrensabbruch führen.

serem Wohlstandskuchen teilzuhaben. Diese Leute können und dürfen wir nicht aufnehmen. Sie müssen abgeschoben werden. Immer mehr Steuergelder müssen wir für diese Asyl- und Ausländerpolitik aufwenden. Eine klare Mehrheit des Volkes hat aber genug von dieser Entwicklung.

Bemerkenswert: Sogar die österreichische Regierung hat beschlossen, einen Zaun zu bauen! – Wohl auf Druck der FPÖ-Wahlerfolge.

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Ausländern nehmen auf unserem Boden zu. Auch davor haben unsere SD schon vor Jahrzehnten gewarnt. Unlängst gerieten in Basel Äthiopier und Eritreer aneinander. Die Polizei musste eingreifen. Äthiopier, die in ihrem Land nicht an Leib und Leben verfolgt sind, kommen getarnt als Eritreer zu uns und zwar mit falschen Pässen, die sie billig kaufen können. Solche Beispiele gibt es serienweise. Das ist die Realität im Jahr 2015!

Gratisanwälte für Asylanten

Die Eidgenössischen Räte haben vor diesem Hintergrund ein völlig untaugliches und unwirksames neues Asylgesetz beschlossen. Dagegen läuft nun das Referendum. **Wie wenn es noch eines Beweises bedürfte, das Asylwesen wird zu einem immer grösseren System,**

ja einer eigentlichen Industrie. Anwälte, Übersetzer, Sozialarbeiter, Betreuer, Psychiater, Sicherheitsleute, Behördenvertreter usw. – sie alle haben eine riesige Maschinerie aufgebaut und profitieren finanziell vom Asylwesen. Und genau so ist diese neuste Revision des Asylgesetzes herausgekommen. Die wichtigsten Kritikpunkte sind folgende:

- Alle Asylsuchenden erhalten einen Gratisanwalt. Das nehmen wir nicht hin.
- Wir können vom Bund zum Zwecke des Baus von Asylzentren enteignet werden – unglaublich!
- Im Vollzug von Rückführungen wird keine härtere Gangart eingeschlagen. Darunter leidet unsere Bevölkerung.
- Gratis Sprachkurse, medizinische Behandlungen und Sozialhilfegelder, alles bezahlt vom Steuerzahler, wurden mit dem neuen Gesetz nicht eingeschränkt.

Man akzeptiert auch, wenn Asylanten – wie unlängst im schönen schweizerischen Val Müstair – erklären, dass sie nicht hier wohnen wollen, da sie zu weit weg von einem Zentrum seien und ihnen die Unterkunft nicht passe. Auf diese Weise werden Forderungen gestellt, eine Frechheit folgt auf die andere. Anstatt dass diese Leute froh sind, hier in unserer Schweiz

in Sicherheit zu sein. Solche Situationen ereignen sich auch mit der aktuellen Asylgesetzrevision weiterhin. **Deshalb lehnen wir diese Revision ab und unterschreiben das Referendum.** Schon vor vielen Jahren habe ich geschrieben und gesagt, was heute noch mehr Gültigkeit hat:

Wir wissen, dass die Übervölkerung unseres Landes einzig und allein wegen der falschen Einwanderungs- und Asylpolitik stetig zunimmt – es ist eine tickende Zeitbombe. Und von Jahr zu Jahr bestätigt sich diese Aussage mehr.

Die Zukunft sieht düster aus

Man muss gar kein Schwarzmalerei sein, um festzustellen, dass wir stetig in schlimmere Zeiten schlittern. **Wenn wir den Regierenden noch ein bis zwei Jahrzehnte Zeit geben, werden wir unser Land nicht mehr wiedererkennen.** Es ist dann die totale Multikultur mit ihren schlimmen sozialen und gesellschaftlichen Folgen. Man kann diese Zustände oder besser formuliert Missstände in den Vorstädten von Frankreich, Belgien, Holland, England sowie teilweise Deutschland bereits in deutlichen Ansätzen erkennen. **Da bilden sich Ghettos, in die wir Einheimischen uns kaum mehr trauen, hineinzugehen. Es entstehen «Parallelstaaten».** Dort sind die Gesetzmässigkeiten nicht mehr die unsrigen – Demokratie kann man hierbei vergessen. Es regiert nur das Recht des Stärkeren. Allgemein werden die Zeiten schwieriger. **Wir werden uns für die kommenden Generationen und unser Land stärker wehren müssen, wenn wir nicht untergehen wollen!** Wenn wir dabei zu tolerant sind, werden wir als Volk und Nation nicht überleben. Darum rufen wir alle auf, sich zu wehren:

Bei der kommenden Abstimmung stimmen wir Ja zur Durchsetzungsinitiative (kriminelle Ausländer sollen ausgewiesen werden, wie es unser Volk schon einmal beschlossen hat – der Bund will das einfach nicht umsetzen – ein Skandal)! Unterstützen wir auch das Referendum gegen das neue Asylgesetz!

**Kopftücher sind erlaubt aber Edelweisshemden sollen verboten werden?!
Wieder ein Beispiel von Rassismus gegen Schweizer Bürger im Namen der Multikultur!**

Schluss mit der Umgehung von Volksentscheiden!

Häufiger als auch schon heissen die Stimmberechtigten an der Urne Volksinitiativen gut – und immer öfter weigert sich das Parlament kurzerhand, den Entscheid des Souveräns zu befolgen. Alpeninitiative, Masseneinwanderungsinitiative, Verwahrungsinitiative, im Kanton Zürich die Initiative zum Schutz des Kulturlandes – und eben auch die Ausschaffungsinitiative. Das Volk hat mit deutlicher Mehrheit beschlossen, dass Ausländer, welche gewisse schwere, in der Verfassung genannte Straftaten begangen haben, das Land verlassen müssen. Nun haben die Eidgenössischen Räte zwar eine entsprechende Anpassung des Strafgesetzes beschlossen, dabei aber

ein Schlupfloch für kriminelle Ausländer eingebaut

In «Härtefällen» sollen die Gerichte auch bei schweren Straftaten von der Landesverweisung absehen können. Was das in der Praxis bedeuten würde, ist schon heute klar: **Schon bald würde die «Härtefall»-Klausel dazu missbraucht, mit der heutigen weichen Linie gegenüber ausländischen Straftätern fortzufahren.** Das Parlament begründet die Aufnahme dieser Klausel damit, dass wir sonst gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen würden. Das sei zum Beispiel der Fall, wenn ein «Secondo», der Raubtaten begangen habe, das Land verlassen müsse, obwohl seine Familie hier lebe. **Die Politiker in Bern verkennen, dass genau das die Stossrichtung des Volksentscheides ist.**

Menschenrechte sind wichtig, aber sie haben auch Grenzen und dürfen nicht länger in der heute üblichen und von der EMRK vorgesehenen Weise verabsolutiert werden. Auch das Volk als Ganzes hat Grundrechte, zum Beispiel auf Sicherheit vor importierter Kriminalität.

Und dem Volk als Souverän und Verfassungsgeber steht der Entscheid zu, wo die Grenzen zwischen den individuellen Grundrechten und dem übergeordneten nationalen Gesamtwohl verlaufen. Ist ein Staatsvertrag mit einer vom Volk gutgeheissenen Initiative nicht vereinbar, so darf nicht die Initiative missachtet, sondern

muss der fragliche Staatsvertrag gekündigt werden

– auch wenn es die EMRK ist, über die übrigens das Volk nie abstimm-



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (Bild) ist ein Teil der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Eine Kündigung dieses Vertragswerks wird aufgrund mangelnder Umsetzung der Ausschaffungsinitiative (und der Durchsetzungsinitiative) nötig.

men durfte! **Die nun zur Abstimmung gelangende Durchsetzungsinitiative verlangt nur bei schweren Straftaten, dass ein Ausländer in jedem Fall ausgewiesen wird.** Da geht es etwa um Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung, Raub, Wohnungseinbrüche, Sozialversicherungsbetrug, Vergewaltigung oder schwere Fälle von Drogenhandel. **Was soll denn bei einem Mörder oder Vergewaltiger die Wegweisung aus der Schweiz als «unzumutbare Härte» erscheinen lassen?** Da und dort wird argumentiert, es gebe halt viele Ausländer, die schon in der dritten oder vierten Generation hier lebten und integriert seien. Es gehe doch nicht an, so jemanden wegen einer Straftat gleich des Landes zu verweisen. Doch da drängt sich die Gegenfrage auf, **wieso denn ein angeblich so gut assimilierter Immigrant nach zwei oder drei Generationen noch immer nicht Schweizerbürger geworden ist.** Früher hiess es gelegentlich, die Einbürgerung sei halt sehr teuer. Doch das stimmt schon längst nicht mehr, und Doppelbürger dürfen die «Neuschweizer» auch sein.

Wenn sich trotzdem so viele Ausländer über Generationen hinweg nicht einbürgern lassen, liegt das offensichtlich daran, dass sich auch die «Secundos», «Terzos» und «Quartos» nicht wirklich mit der Schweiz identifizieren, sondern viel stärker mit ihrer Herkunftskultur.

Dann brauchen sie aber auch nicht über «unangemessene Härte» zu jammern, wenn sie nach schweren Straftaten in ihr geliebtes Herkunftsland zurückkehren müssen. In einem zweiten Teil geht die Durchsetzungsinitiative – endlich, muss man als mit der Materie vertrauter Bürger sagen – gegen die

Flut von hartnäckigen Kleinkriminellen vor. **Körperverletzung zum Beispiel ist zwar kein Schwerverbrechen, aber auch alles andere als eine Bagatelle.** Junge Schweizer, die im Ausgang immer öfter von gewalttätigen Jugendlichen ausländischer Herkunft angegrif-

fen werden, können davon ein Lied singen. Wer wiederholt solche Taten verübt, hat das Gastrecht in der Schweiz verwirkt. **Er (oder sie) gefährdet die öffentliche Sicherheit und soll aus unserem Land verschwinden.** Es ist bedenklich (und gesetzgeberisch nicht elegant), dass das Volk nun zum Zweihänder greifen und solche Dinge seitenlang bis ins kleinste Detail in die Verfassung schreiben muss. Aber es geht nicht anders, **solange die Damen und Herren Politiker immer noch das Gefühl haben, über dem Volk zu stehen und ihm sagen zu müssen, was es als oberster Souverän und Verfassungsgeber darf oder nicht darf.**

Deshalb stimmen wir am 28. Februar erst recht Ja zur Durchsetzungsinitiative.

Vercingetorix

Sind Sie eine «Human Resource»?

Mir ist aufgefallen, dass Unternehmen, die bei sich offiziell den Begriff «Human Resources» verwenden, oft eher inhuman sind. Diesen Begriff verwenden häufig international tätige Firmen. Allerdings habe ich auch schon solche gesehen, die auf diesen Begriff verzichten. Das waren auch besonders sympathische Firmen mit einem sehr guten Ruf.

Viele Unternehmungen, die den Begriff wählen, haben einen schlechten Ruf bei den Arbeitnehmern.

Man sieht zwar manchmal in Zeitschriften, dass diese Unternehmen bei Studenten ein hohes Ansehen haben (haben wahrscheinlich niemals dort gearbeitet), **aber wenn man die Mitarbeiter fragt, wie die Arbeitsbedingungen sind, hört man oftmals Klagen.** Nicht alle sind unzufrieden, muss man fairerweise sagen, aber es gibt durchaus Kritik.

Verstärktes Kostendenken

Mein Eindruck ist, dass es bei solchen Unternehmen eher zum Jobabbau kommt, als bei KMU-Betrieben. So wie ich die KMU erlebte, entliessen diese nur Leute, wenn es unbedingt sein musste, **und nicht um die Rendite zu optimieren.** **Diese Philosophie «Human Resources» verursacht ein starkes kostenorientiertes Denken.**

Daher sieht man auch folgende Phänomene:

- **Es werden vor allem Ausländer angestellt. Diese sind billiger und muss man weniger ausbilden.** Das macht man, wenn man nicht oder wenig gewillt ist, in den eigenen Nachwuchs zu investieren. Ein starkes Kostendenken ist die Ursache dafür.
- Mitarbeiter über 50 Jahre haben es manchmal schwer, eine neue Stelle zu bekommen.
- Auch Junge mit wenig Erfahrung haben es oft schwer, da man in ihre Ausbildung investieren muss.
- Man ist weniger loyal zu seinen Mitarbeitern.

Ich habe gehört, dass die Wissenschaftler an den Universitäten «Human Resources» als guten Begriff erachten. Aber wenn man die Realität anschaut, ist er nicht gut. Es verursacht destruktives Verhalten. «Human Resources» ist ein englischer Begriff und daher beispielsweise in den USA weit verbreitet. Ich habe von einigen Amerikanern schon gehört, dass viele Arbeitgeber schlecht sind. **Es gibt dort zum Teil massive Klagen über die Qualität der «Human Resources»-Abteilungen.** Jeder muss selber wissen, ob er für eine Firma arbeiten will, die diesen Begriff verwendet. Wenn Sie sich dafür entscheiden, müssen Sie einfach wissen, was Sie für diese Firma sind: Eine «Human Resource».

Walter Huber, Basel

Sensation – Einbürgerung abgelehnt!

Die «Aargauer Zeitung» berichtete über die deutliche Ablehnung der Einbürgerung der Holländerin Nancy Holten in der Fricktaler Gemeinde Gifp-Oberfrick. Die Diskussion über die Einbürgerung dauerte fast eine Stunde. Während der Gemeindeammann (Frau Regine Leutwyler) die 41-jährige Holländerin als «mit Sprache und Kultur» vertraut erklärte, waren die Stimmberechtigten anderer Meinung. In der Abstimmung stimmten von den 206 Anwesenden 144 mit Nein und 48 mit Ja (bei 14 Enthaltungen), **das heisst, die Einbürgerung wurde mit 75 Prozent Nein gegen nur 25 Prozent Ja ganz klar abgelehnt.** Das Wort «Sensation» im Titel wird dadurch also noch verstärkt.

Hauptargumente der Einbürgerungsgegner waren, dass Frau Holten eine vehemente Gegnerin von Kuhglocken und dem Morgengeläut der Kirchenglocken sei.

Ich bezweifle aber sehr, ob diese Ablehnung der Einbürgerung endgültig ist. Ich befürchte, **dass diese Frau schliesslich doch noch eingebürgert wird, trotzdem das Verdikt der Gemeindeversammlung mehr als deutlich ist.**

Entscheid des Bundesgerichts?

Wie ich die heutige Einbürgerungspraxis in der Schweiz kenne, wird diese Abstimmung einer Ge-



Wird die Gemeindeversammlung und somit die direkte Demokratie einmal mehr in Frage gestellt?

meindeversammlung beim Bundesgericht enden, und dieses wird dann wohl entscheiden, man könne doch eine Einbürgerung nicht wegen solcher «Kleinigkeiten» wie Kuhglocken und Morgengeläut von Kirchenglocken verweigern. Ich befürchte, dass ich wieder einmal Recht bekommen werde. Ich frage mich zum wiederholten Mal, wo bleibt da die Gewaltentrennung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative?

Schon unzählige Male hat das Bundesgericht Entscheide einer Exekutive oder gar eines Parlamentes (beide Gremien vom Volk gewählt) umgestossen.

Die Fortsetzung folgte sogleich: Es ging noch viel rascher, als ich gedacht hatte. **Bereits am nächsten**

Tag konnte man in der «Aargauer-Zeitung» lesen, dass Frau Holten mit dem Entscheid nicht einverstanden ist. Frau Holten wurde wörtlich zitiert: «Ich bereue nichts. Es ist wichtig, dass jeder Mensch seine Meinung äussern darf.»

Dass der Gemeinderat von Gifp-Oberfrick Frau Holten der Gemeindeversammlung überhaupt zur Einbürgerung vorgeschlagen hat, wird jetzt noch sonderbarer.

Dennoch ist es irgendwie typisch: Die Einbürgerung wird von gewissen Leuten offenbar nicht mehr als Recht, sondern als Pflicht betrachtet – und die Linken und Extrem-Linken von SP und «Melonen»-Grünen (aussen eine dünne

Schicht grün, innen aber knallrot) unterstützen solche Leute noch.

Massenhafte Einbürgerungen

Das geht jetzt offenbar zu wie schon seit Langem in Baden, wo ich 26 Jahre lang Einwohnerrat (=Stadtparlament) war, danach hatte ich die Nase voll von dieser «Säu-Häfeli-Säu-Deggeli»-Gesellschaft.

Dort wird schon seit Jahrzehnten Krethi und Plethi eingebürgert, selbst wenn nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen eingehalten werden.

Praktisch alle Parteien sind nämlich sowohl im Stadtrat als auch im Einwohnerrat vertreten – und eine Krähe kratzt bekanntlich der andern nicht die Augen aus. Da habe ich einmal (ironisch) vorgeschlagen, warum man in Baden überhaupt noch einbürgere. Der Stadtrat solle doch beim Bund den Antrag stellen, dass man jedem in die Schweiz Einreisenden beim Grenzübertritt einen Schweizer Pass aushändigen soll, auch wenn es sich nur um Ferien- oder Transitreisende handelt. Um Staus an der Grenze zu verhindern, könne man diese Pässe ja blanko abgeben; die notwendigen Angaben zur Person kann dann jeder selbst ausfüllen.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Der Ablasshandel der Frau Merkel

Die Reformation von Martin Luther (1483–1546) wurde im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation insbesondere durch die Ablassbriefe der katholischen Kirche ausgelöst. Mit dem Kauf dieser Briefe wurde den gutgläubigen Menschen die Absolution von ihren Sünden und damit der Freikauf ihrer Seelen versprochen. Mit dem eingetriebenen Geld sollte der Neubau der Peterskirche in Rom finanziert werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erleben wir in Deutschland wiederum einen Ablasshandel. **Dieser weist allerdings eine weit grössere Dimension des Verbrechens auf.**

Mit ihrer Einladung an die Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten verfolgt Frau Merkel nichts anderes als einen Ablasshandel.

Sie, ihre Clique und die Wirtschaftsbosse Deutschlands erhoffen sich dadurch den Freikauf und die Reinwaschung ihrer Seelen und jener ihrer Nachkommen von den durch die Nationalsozialisten begangenen Verbrechen. **Dabei sind sie als Gegenleistung für diesen Ablass skrupellos bereit, die Zukunft ihres Volkes zu opfern.**



Bundeskanzlerin Angela Merkel (Bild) hilft mit, Europa in eine zutiefst unsichere Zukunft zu steuern.

Durch diesen Ablasshandel dürfte aber nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die Kultur von ganz Europa und damit die Zukunft

dieses Halbkontinents zerstört werden.

*Prof. Dr. Albert A. Stahel,
e. Gemeinderat, Wädenswil*

**Ausschaffung von kriminellen Ausländern ohne Härtefallklausel!
Ja zur Durchsetzungsinitiative
(Volksabstimmung vom 28. Februar 2016)!**

Kleine und noch kleinere Zwerge

Der Schweizer Schriftsteller Lukas Bärfuss leidet offensichtlich an seinem Heimatland. Entsprechend beklagt er sich in der FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung): «Ein Volk von Zwergen will man hierzulande sein und bleiben.» Zudem fügt er richtig an: «Als Schweizer hat man in der globalisierten Welt immer weniger zu sagen.» **Trotzdem macht er gefährliche, aber entlarvende Aussagen. Er schreibt: «Vertrauen kann ein Schweizer Bürger heute eigentlich nur noch auf die Justiz, allerdings nicht auf die schweizerische, sondern auf die amerikanische. Sie sorgt regelmässig dafür, dass die Eidgenossenschaft den**

Kontakt zu den zivilisatorischen Nationen nicht ganz verliert.»

Er entpuppt sich damit als Verfechter fremder Richter und ausländischer Justiz in der Schweiz!

weniger Volksrechte in Deutschland

Bärfuss unterliess die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass der Normalbürger in Deutschland, im Vergleich zu seinem Äquivalent in der Schweiz, der weitaus kleinere Zwerg ist. **Schliesslich existieren in Deutschland keine Volksabstimmungen und auch der Einfluss auf kommunaler Ebene ist äusserst gering.**



Der Schriftsteller Lukas Bärfuss (Bild) verhöhnt seine eigene Identität und bevorzugt offenbar globalistische undemokratische Strukturen.

Ich frage mich, ob Bärfuss den Werteverlust einer rein repräsentativen Demokratie, wie in Deutschland und den USA, als solchen erkennt.

Wenn Lukas Bärfuss brandredend behauptet «Meine Heimat ist wahnsinnig!», so hat er in einem Punkt tatsächlich recht: Es ist wahrlich wahnsinnig, **wenn Schweizer Spitzenpolitiker demokratisch abgesegnete Volkentscheide einfach nicht umsetzen wollen.**

*Marcus Stoercklé jun.,
Basel*

Mob solidarisiert sich mit Dieben – 3 Polizisten verletzt

Mit grossem Unverständnis und Wut hat der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB vom Vorfall der letzten Nacht in Zürich erfahren. Kurz nach Mitternacht bemerkte eine Streifenwagenpatrouille der Stadtpolizei Zürich zwei Personen, die zu Fuss mit einem Fahrradanhänger unterwegs waren, der mit diversen Lebensmitteln beladen war. Da sie sich lautstark gegen die Kontrolle wehrten, **solidarisierten sich gut 30 Personen vom nahegelegenen Koch-Areal mit ihnen, beschimpften anfänglich die Polizisten und bewarfen die herangeeilte Verstärkung mit Gegenständen.** Da sich einer der beiden Verdächtigen nicht ausweisen konnte, wurden sie abgeführt. **Dabei attackierten sie die Polizisten mit Faustschlägen sowie Fusstritten und verletzten drei Polizisten. Einer von ih-**



Gewalt gegen die Polizei bei der Durchführung einer Personenkontrolle (Bild) muss unbedingt mit voller Härte sanktioniert werden.

nen musste zur ambulanten Behandlung ins Spital. Wie sich später herausstellte, hatten die beiden Täter die im Veloanhänger mitge-

führten Lebensmittel beim nahegelegenen Grossverteiler entwendet. Der VSPB wünscht den verletzten Kollegen gute Besserung

und verurteilt diese erneute Tat aufs Schärfste. «Es kann doch nicht sein, dass Polizistinnen und Polizisten bei der Ausführung ihrer Arbeit und während der Durchführung einer Personenkontrolle von Aussenstehenden grundlos attackiert werden», sagt VSPB-Generalsekretär Max Hofmann und betont: **«Gewisse Gruppierungen warten nur darauf, dass sie sich zusammentun können, um Polizistinnen und Polizisten anzugreifen.** Hier braucht es unbedingt ein rasches und klares Handeln der Politik.

Eine Minimalfreiheitsstrafe im Strafgesetz fordern wir schon lange für solche Taten. Wir brauchen eine härtere Gangart und zwar sofort!»

*Verband Schweizerischer
Polizei-Beamter*

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD Schweiz: Ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung), Samstag, 9. April 2016, 10.30 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.



SD Kanton Bern: Ordentliche Mitgliederversammlung, Dienstag, 12. April 2016, um 19.00 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem.



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

SD Stadt Bern: Höck (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung

Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



Luzern-Innerschweiz: Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Lu-

zern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am Mittwoch, 3. Februar 2016, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Rasa «Raus aus der Sackgasse»

So nennt sich eine neue Initiative, die das Resultat der Masseneinwanderungsinitiative per Volksabstimmung wieder umkehren soll. Raus aus der Sackgasse und wieder zurück und rein in die unkontrollierbare Masseneinwanderung in ein schon überfülltes Land, das mangels eigener Ressourcen immer mehr vom Ausland abhängig wird. **Diese zunehmende Abhängigkeit als nationale Selbstvernichtungsstrategie und der unerwünschte Glaube an unbegrenztes (Wirtschafts-)Wachstum dürfte die Hauptmotivation der Initianten sein.** Die Personenliste der Rasa-Unterstützung lässt erahnen, dass ein multipolitischer Interessenschmelztiegel am Köcheln ist, von Mitgliedern des obskuren «Club Helvétique» bis zum Bundesrat, **welcher damit noch länger einfach nichts machen muss.**

Da sind diejenigen Linken, denen für die Befriedigung ihres ideologischen Hasses auf den Nationalstaat jedes Mittel recht ist.

In den Medien läuft die Perma-Propaganda seit der MEI-Annahme auf Hochtouren. Bewährte Gehirnwaschetaktik respektive Angstmacherei; die heiligen Bilateralen sind in Gefahr. Niemand will dann noch mit uns Geschäfte machen, wir sind blockiert, in der Wirtschaftswachstumssackgasse; kein Investor will mehr bei uns immer mehr Arbeitsplätze schaffen, **für immer mehr Einwanderer, aus den Arbeitslosenvereinen der schwächelnden EU-Länder.** Die müssten dann zu Hause bleiben, und immer mehr Arbeitsplätze würden die beleidigten Investoren dort schaffen, wo die armen EU-Mitglieder bleiben müssen, in Frankreich, Spanien, Italien, dem Balkan, der Türkei usw.

Verträge für die Selbstaufgabe

Direkte Demokratie ist einfach gut. Man kann solange über einen wichtigen Entscheid neu abstimmen, bis er dem vermeintlich richtigen Mainstream passt. Knappe Entscheide sind nichts Neues. Die Propagandaherde sind mit ihren düsteren Prognosen gut finanziert bereit: Ohne weitere unbegrenzte Masseneinwanderung erfolgt «Apokalypse Helvétique»!

Zwei Haupteinschüchterungs- und Verängstigungsrezepte heissen Fremdenfeindlichkeit und (endgültig vernichtete) Bilaterale!



Bürgerliche Wirtschaftsliberale und rot-grüne Internationalisten wollen mit ihrer Rasa-Initiative einen demokratisch gefällten Volksentscheid rückgängig machen.

Gemäss Linken sind wir von Freunden umgeben (EU-Friedensprojekt!). Bilaterale Verträge, **das heisst Abkommen zu gegenseitigem Handel und kulturellem respektive wissenschaftlichem Austausch mit den Ländern Europas, haben wir schon immer gehabt, lange bevor es die machtlüsterne EU gab.**

Solche bilateralen Verträge mit notorischen Erpressungsversuchen, finanzieller und staatspolitischer Art, zu verbinden, ist aber nicht die europäische Art unter Freunden!

Selbst Wladimir Putin oder den chinesischen Machthabern, mit denen wir ebenfalls bilaterale Verträge unterhalten, würde es nicht in den Sinn kommen, von uns für den Vertragsabschluss von Handelsbeziehungen «Schutzzahlungen» in Milliardenhöhe oder gar völkerrechtliche Abtretungen, wie rechtsstaatliche Einmischungen oder gar Übernahme von Gesetzen und Abtretung von richterlicher Hoheit zu verlangen.

Über die Einwanderung zum Souveränitätsverlust

Leider ist es immer noch so, dass nur wenige es schaffen, können und wollen, sich in ihrem ausgesuchten Wunschland zu assimilieren oder auch nur zu integrieren. **Solche Leute, zahlreich eingewandert und schnell eingebürgert, sind für die Linken willkommenes, leicht manipulierbares Stimmvolk.** Über den Sinn, die Entstehung und den Wert unserer föderalistischen Staatsstruktur, unserer direkten Demokratie und der Souveränität müssen die meisten (selbst über Generationen, nach meiner eigenen Beobachtung) in einer fatalen Ahnungslosigkeit belassen werden, sie bemerken nur, welche politische Partei für unbegrenzte Ein-

wanderung und schnelle Einbürgerung steht, **die Neu-Eidgenossen sehen nur die auf dem Tablett präsentierten Vorteile; Pflichten und Verantwortung tragen in ihren Herkunftsländern nur die Präsidenten, Führer, Imame usw.** Und irgendwann produzieren Parallelgesellschaften auch ihre eigenen Führer, die bald unverschämt klarmachen, was sie hier wollen. **Ich erinnere an den türkischen Präsidenten Recep Erdogan, der seiner türkischen Kolonie in Deutschland klare Strategien gebracht hat, und die Souveränität der deutschen Bundesrepublik provoziert und respektlos in Frage gestellt hat.** Es folgten ein bisschen Protest, aber keine Konsequenzen.

Das Beispiel von Sibel Arslan

Die bedenklichen Beispiele in unserem Land, wo der (Neu-)Bürger über eine ganz andere staatsrechtliche Position verfügt, begegnen uns zunehmend. Zum Beispiel in Basel, die vom Staatsschutz fichierte Türkin Sibel Arslan – in der Basler Politik tritt sie forsch auf – wurde jetzt für die Grünen (!) in den Nationalrat gewählt und sagt Folgendes: Das Parlament (in Bern) repräsentiert die Gesamtbevölkerung nicht. Demokratie heisse, möglichst alle zu beteiligen (danke für die vielsagende Lektion!). Sie werde sich für ein Stimmrecht ab 16 Jahren und für Ausländer einsetzen – und für eine einfachere Einbürgerungspraxis. Da muss man nicht lange raten, woher die Zustimmung kommen wird. **Die Linken rechnen jetzt schon mit einem Sieg über die Eigenständigkeit des verhassten Nationalstaates. Sie können es kaum erwarten. Die neue Initiative «Raus aus der Sackgasse» ist ein deutliches Zeichen dafür.**

Aber vielleicht erhalten sie vorher noch einmal eine hoffentlich deutliche Absage der Rest-Eidgenossen. Bald aber, in absehbarer Zukunft, kämpfen wir um ein Reservat in der Inner-schweiz!

Alexander Steinacher, Thalwil

Masslose Einwanderung – Gefahr für Europa

Der unaufhaltsame Zustrom von Einwanderern löst in der Schweiz und Europa grosse Probleme aus. Der ehemalige US-Präsident Roosevelt hat einmal Folgendes gesagt: «Auf der Welt geschieht nichts, was nicht vorher überdacht wurde!» Steckt nicht auch hinter dieser Völkerwanderung ein System? Wer hat Interesse an der Destabilisierung Europas? **Das Asylunwesen ist zu einem Geschäft geworden für Schlepper und Betreuer sowie Arbeitsplatzsicherung für viele Beamte und Juristen.**

Wer sich heute noch gegen diese Missstände zur Wehr setzt, wird von den Medien als Rassist und Fremdenhasser verleumdet. Wenn

unsere Behörden nicht endlich zur Vernunft kommen, dann ist das Schicksal der Schweiz besiegelt.

Die sozialen Netzwerke werden zusammenbrechen mit ihren katastrophalen Folgen, die unsere Nachkommen zu tragen haben.

Multikulturelle Staaten neigen in Notzeiten unweigerlich zum Bürgerkrieg. All den Verantwortlichen sei doch einmal der edle Grundsatz der UNESCO in Erinnerung gerufen: **Jedes Volk hat das Recht und die Pflicht, sein kulturelles Erbe zu erhalten und zu verteidigen.**

Walter Gerber, Oberbalm

Die Flüchtlingsströme in die Schweiz werden immer grösser. Daher ist die Einführung von Grenzkontrollen und eine Aufstockung des Grenzwachtkorps von höchster Dringlichkeit.

2017: opération Prophète des mers

Plus de migrants ont gagné l'Europe en octobre que durant tout 2014! Ce sont des chiffres record que l'ONU a annoncés ce matin: un peu plus de 218'000 migrants et réfugiés ont traversé la Méditerranée pour rejoindre l'Europe le mois d'octobre.

Depuis le début de l'année, plus de 700'000 personnes ont gagné l'Europe en passant par la mer, selon l'Office des migrations internationales.

L'Union européenne est une institution dominée par l'Allemagne. La France n'y est qu'une figurante historique, l'Italie, la Grèce, le Portugal, l'Espagne, sont des pays assistés, l'Angleterre complique les choses, les petits pays plus nordiques sont inexistantes et les pays de l'Est, Pologne, Hongrie, éventuellement Autriche, des trublions. **Autrement dit, l'Union européenne est incapable à tout moment d'empoigner le problème des réfugiés et l'Allemagne, en ouvrant les bras et violant les accords de Dublin avant de faire une sorte de volte face, a définitivement hypothéqué toute chance d'une solution européenne et perdu sa crédibilité.** Pour preuve, l'UE est prête à accepter la Turquie islamo-conservatrice en échange du contrôle de l'immigration... L'UE paye déjà l'impôt pour la dhimmitude.

Vladimir Poutine a présenté le 25 septembre dernier deux voies possibles pour l'Union européenne par rapport à la crise des migrants. L'une d'elle serait de défendre par la force physique et l'armée les frontières de Schengen, **la deuxième serait de laisser venir les migrants clandestins et avec eux des terroristes, ce serait alors la fin de l'Union européenne ce qui pourrait induire/amener la Troisième Guerre mondiale et même un nouvel holocauste.**

Selon le président russe, le plus important serait d'en finir avec l'arrivée des migrants au sein de l'UE et de dire clairement aux migrants, par les dirigeants de l'UE, de cesser de venir en Europe car ils seront rejetés.



«Si les politiciens de l'UE ne se réveillent pas à temps, en moins d'une année l'enfer se déchaînera en Europe. Pour les migrants qui fuient la guerre, ils devront être gardés dans des camps de réfugiés en Turquie jusqu'à ce que la guerre soit finie Syrie.»

Le Premier ministre japonais n'a pas l'intention de participer à l'enthousiasme immigrationniste qui sévit parmi les dirigeants politiques de l'Europe de l'Ouest. Shinzo Abe a notamment déclaré: **«C'est une question de démographie. Je dirais que, avant d'accepter des immigrants ou des réfugiés, nous devons améliorer la vie des femmes, des personnes âgées et nous devons élever notre taux de natalité. Il y a beaucoup de choses que nous devrions faire avant d'accepter des immigrants. Le Japon doit améliorer le niveau de vie de son propre peuple avant d'envisager d'accepter d'accueillir des réfugiés syriens.»**

M.G. Shetfall, professeur d'histoire culturelle japonaise moderne à l'université de Shizuoka, précise: **«Soulever publiquement la question de l'immigration de masse –**

ainsi que les ajustements multiculturels qu'elle imposerait nécessairement dans la vie japonaise – comme solution à la crise démographique imminente, confine au sacrilège... Qu'une figure natio-

nale de premier plan s'y risquer équivaudrait à un acte de suicide politique.»

*Théodore Berseth,
président des DS Genève,
Chambésy*

L'après 18 octobre 2015!

Il faut que les peuples européens se rendent compte de leurs propres yeux que excepté Monsieur Viktor Orban, tous les chefs d'états Européens sont des traîtres pour leur peuple et vont conduire inévitablement tous les pays au chaos, Suisse y compris. Contrairement à tous les préjugés et au bourrage de crâne divulgué par les médias censurés et politisés à outrance, **le Conseil fédéral aura-t-il le courage de fermer le pays aux réfugiés économiques?**

Aura-t-il le courage d'expulser tous les clandestins et criminels étrangers?

Aura-t-il le courage de remettre aux cours martiales de Syrie et

d'Irak tous ces déserteurs des armées référentes qui refusent de se battre contre les terroristes de daech, al nostra et al qaida?

Aura-t-il le courage de remettre au TPI les djihadistes suisses, binationaux ou résidents?

Bien sûr que non, et deux Conseillers fédéraux UDC n'y changeront rien! La gauche suisse démontre que seule la double majorité (législative et exécutive) permet d'imposer une politique malgré toute opposition. **Le peuple vote à droite, les élus ont une «vision» de gauche... Ceci est la triste réalité!**

*Théodore Berseth, président des
DS Genève, Chambésy*

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

Vetorecht bei Postschliessungen:

Nationalrat gegen Schutzmassnahme

Die Schweizer Demokraten (SD) bedauern die nationalrätliche Ablehnung eines Vetorechts für die Gemeinden bei Poststellenschliessungen. Dabei verpasste es die grosse Kammer, ein Schutzinstrument zugunsten bevölkerungsärmer ländlicher Regionen zu schaffen.

Das Verschwinden der dorfeigenen Poststelle hilft vielerorts mit, die wirtschaftlichen Strukturen mittelfristig herunterzufahren. Zudem verfügen insbesondere

die älteren Generationen oft nicht über elektronische Möglichkeiten und sind auch nur bedingt mobil, sodass eine Poststelle in unmittelbarer Nähe eine elementare Bedeutung hat.

Das Prinzip einer föderalen flächendeckenden Versorgung mit entsprechenden Filialen, festgeschrieben in der Bundesverfassung, wird immer stärker ignoriert.

Gerade die bürgerlich-konservativen Nationalräte der SVP, welche sich gerne als Vertreter der Randregionen in Szene setzen, stimmen gegen das Begehren.

Für die Schweizer Demokraten (SD) ist klar, dass ohne entsprechende Schutzinstrumente weiterhin Poststellen in ländlichen Gebieten geschlossen werden.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Muslimisches Kopftuch ja, Edelweisshemd nein!?

Innert weniger Tage wurden zwei symbolträchtige Entscheide gefällt. In einer Schule in St. Margrethen (SG) darf nun laut Bundesgericht ein muslimisches Mädchen ein Kopftuch tragen und in der öffentlichen Schule in Gossau (ZH) wollte eine Lehrerin mehreren Schülern das Tragen von traditionellen Edelweisshemden verbieten.

Die Schweizer Demokraten (SD) stellen fest, dass man zur Bewahrung der Multikultur sogar bereit

ist, eigene Traditionen zu verbannen.

Die Vertreter der «No-borders-No-nations-Ideologie» (keine Grenzen, keine Nationalstaaten) kommen also ihrem eigentlichen Ziel, der Abschaffung der Nationalstaaten, allmählich näher.

Dieser Vergleich kann zudem nicht ohne weiteres als Polemik abgetan werden, **zumal ein Edelweisshemd keine diskriminierende Botschaft vermittelt.**

Dagegen stellt das islamische Kopftuch ein sexistisches und zutiefst undemokratisches Machtsymbol dar.

Hiermit werden Schweizer Werte mit Füßen getreten. **Die Schweizer Demokraten (SD) unterstützen deshalb auch die eidgenössische Volksinitiative für ein Verbot.**

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an folgende Person wenden:

Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch